

150 Kerzen für eine nachhaltige Energiepolitik in Europa Aktionswochen „Für eine Zukunft nach Tschernobyl und Fukushima“



Europäische Aktionswochen Für eine Zukunft nach Tschernobyl und Fukushima

Bild: IBB

DORTMUND - Mit einer symbolischen Kerzenaktion sind am Freitag (19.4.) in Dortmund die zweiten Europäischen Aktionswochen „Für eine Zukunft nach Tschernobyl und Fukushima“ eröffnet worden. 150 Kerzen – stellvertretend für die 150 teilnehmenden Städte in zehn Ländern in Europa – leuchteten im „Reinoldinum“. Zur Eröffnung hatte das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk (IBB Dortmund) gemeinsam mit der Evangelischen Kirche von Westfalen zu einer Tagung eingeladen. Dabei ging es um die Frage, wo Politik, Kirche und Zivilgesellschaft 27 Jahre nach Tschernobyl und zwei Jahre nach Fukushima stehen. Für Annette Kurschus, Präsides der Evangelischen Kirche von Westfalen, waren die Unglücksfälle von Tschernobyl und Fukushima keine Naturkatastrophen. Der Betrieb von Kernkraftwerken erfordere „einen absolut fehlerfrei funktionierenden Menschen“, denn menschliches Versagen könne gigantische Schäden zur Folge haben, die noch viele Generationen betreffen. Die leitende Theologin beschrieb die Energiewende als gesellschaftliches Gemeinschaftsprojekt. Kirchen hätten vom Evangelium her den ureigenen Auftrag, hier „eine Lokomotivenfunktion“ zu übernehmen.

„Wir freuen uns, dass die Evangelische Kirche von Westfalen die Europäischen Aktionswochen als erste Landeskirche unterstützt“, sagte Peter Junge-Wentrup, Geschäftsführer des IBB Dortmund, das die Aktionswochen in enger Zusammenarbeit mit Tschernobyl- und Umweltinitiativen organisiert. „Unsere Aktivitäten zur Erinnerung an das unermessliche menschliche Leid zielen auf ein Lernen aus der Geschichte für eine gemeinsame Zukunft in Europa. Wir brauchen eine nachhaltige Energiepolitik dringend und europaweit.“

Japan: Menschen sind wütend, hilflos und machtlos

„Die meisten Japaner realisieren erst nach und nach, was in Fukushima passiert ist: Die Strahlung hört nicht auf, sie bleibt immer da“, berichtete Bärbel Höhn, stellvertretende Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag. Sie hatte sich im Oktober 2011 selbst einen Eindruck verschafft von der Situation in Japan. „Atomunfälle haben verheerende Auswirkungen auf eine ganze Gesellschaft, weit über die gesundheitlichen Folgen der unmittelbar Betroffenen hinaus.“

Das bestätigte Kazuhiko Kobayashi aus Tokio: „Die Betroffenen in Japan sind innerlich sehr wütend und verzweifelt – aber der größte Teil der Menschen fühlt sich einfach völlig machtlos. Viele haben bewusst oder unbewusst das Thema Fukushima aus ihrem täglichen Leben verdrängt.“ Dennis Vystavkin, Geschäftsführer der größten Tschernobyl-Hilfsinitiative in Großbritannien, sprach vom „verzweifeltsten Ruf nach Hilfe“ der betroffenen Eltern in Weißrussland und der Ukraine.

Keine Alternative

„Die schreckliche Erfahrung von Tschernobyl und Fukushima mahnt uns: Wir dürfen nicht locker lassen und nicht vom Weg abweichen“, sagte Klaus Breyer, Leiter des Instituts für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen. „Zu einer risikoarmen nichtatomaren und klimaschonenden Energieversorgung gibt es keine Alternative. Daher bin ich sehr dankbar, dass es diese Europäischen Aktionswochen gibt.“

Erinnerung an den 27. Jahrestag von Tschernobyl in 150 Städten in Europa

Die Kerzenaktion setzte zum Ende ein Zeichen der Hoffnung. Zwölf Gäste aus der Ukraine und Belarus, die 1986 als so genannte Liquidatoren in Tschernobyl im Einsatz waren, verlasen ihren „Aufruf an unsere Nachkommen“, in dem sie nachdrücklich zur Umkehr in der Energiepolitik aufrufen. In allen beteiligten 150 Städten werden Menschen am Abend des 25. April Kerzen entzünden zur Erinnerung an die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986. Mehr als 40 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus der Ukraine, Belarus und Japan stehen für Gespräche vor Schulklassen und interessierten Erwachsenen zur Verfügung.

Europäisches Parlament übernimmt die Schirmherrschaft

„Wir begrüßen die Zielsetzung der diesjährigen Aktionswochen, ein europäisches Solidaritätsgefühl für die Opfer und Betroffenen von Reaktorkatastrophen zu stärken und eine sachlich fundierte Debatte zum Thema „Nachhaltige Energiepolitik“ zu führen“, sagte Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments und Schirmherr für die Aktionswochen. „Das Europäische Parlament unterstützt Initiativen wie die Ihre, die Menschen aus verschiedenen Ländern Europas zusammenbringen, um Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu finden.“

Weitere Informationen:

www.ibb-d.de/aktionswochen_2013

www.kircheundgesellschaft.de